

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

6 Jahrgang.

Sonntag, 24. Oktober 1926.

Nr. 250.

Reaktion und Armee.

Unter den Aufgaben der neuen Regierung hat Soehla in der Regierungserklärung auch die Wehrangelegenheit erwähnt, die es zu schaffen gilt. Wie alle konkreten Fragen, die Soehla in seiner Erklärung mit dem ihm eigenen Jargon nur aufkündigte, nicht aber näher umriss, könnte auch das Problem der Wehrangelegenheit vom Herrn Ministerpräsidenten aus in ratelndem mühseligem Dunkel gehüllt bleiben. Eigentlich haben wir ein Wehrgesetz und man sollte meinen, daß es neuer Gesetzgebung nicht bedürfte, es sei denn, daß man das alte Gesetz novellieren will. Aber wir können uns das Kopfschütteln ersparen. Die Herrschaften, die jetzt die Wehrangelegenheit anstreifen und steuern, haben oft genug aus der Schule geplaudert, daß man mit sehr viel Leichtigkeit erraten kann, was die neuen Gesetze uns bringen werden. Vor allem trägt man sich seit dem vorigen Herbst mit dem Gedanken, das Soldatenwahlrecht zu beseitigen. Dieser fromme reaktionäre Wunsch war einer der Krankheitserreger, an denen die seltsame allnationale Koalition schließlich zugrunde ging. Die neue Koalition dürfte aber schließlich geschlossen hinter der Forderung nach Aufhebung des Wahlrechts der Soldaten stehen. Die Deutschbürgerlichen können bei dieser Gelegenheit beweisen, daß acht Jahre Oppositionspolitik nicht hindereichend waren, um ihnen das schon in Oesterreich geübte Wahlrecht zu kosten. Ein deutschnationales Blatt hatte seinerzeit schon festgestellt, daß die Deutschen am Soldatenwahlrecht nicht interessiert seien und sich „Interessierlosgen“ dürften und wohl darin bestehen, daß die deutschbürgerlichen Reaktionsministerien der Beieignung eines der wichtigsten demokratischen Rechte keinen Widerstand leisten würden. Es fragt sich zwar, ob die Änderung des Wahlrechts — und wenn man einen Teil der Bevölkerung, der sogar nur bis drei Prozent der Wahlberechtigten anmacht, das Wahlrecht nimmt, so dürfte das immerhin eine Änderung des Wahlrechts überhaupt bedeuten — nicht einer Verfassungsänderung gleichkommt. Aber auch das dürfte dem Kabinett der starken Hand keine Skrupeln verursachen.

Die politische Entmündung der Soldaten, der Entziehung des ihnen zustehenden, die den Grad des bürgerlichen Klassenstandes am höchsten empfinden und allerdings mit einem gewissen Recht von den Nachhabern gefährdet werden, ist besonders traurig, wie herrlich wir es die Tschechoslowakei mit ihrem Militarismus gebracht hat. Der alte L. u. L. Offizier, der nach Gajda unerbittlichen Abdruck aus dem Generalstab das komponierte Ansehen des Armeekommandos wieder auf den Wangen hüpfen sollte, ist dieser Tage noch Brünn an seinen früheren Posten zurückgekehrt. An der Spitze der Armee steht wieder der General S y r o v n, der noch die Zeit miterlebt hat, in der Soldat und Offizier, einander „zu“ fragten und sich einbildeten, den neuen Militarismus eigen zu Ausrottung des alten Geistes zu haben. Aber der Geist, der die verantwortlichen Leiter der Armee im von angebrochenen Keil der Tyrannen besetzt, kann sich neben dem Leben lassen, der angeführt in Oesterreich beherrschend haben möchte, als General Boghosian die Kadettenschule befehligte. Die Kadetten, die immer noch mit der großen Gelle des eingebildeten Revolutionärs, bei einem Blickwinkel für eine Revolution nicht unwillig gerade stehen, wissen gar nicht, wie vor die Staat ein tödlich ähnliches Abbild des alten Oesterreich geworden ist. Und das neue Oesterreich, das die Lieder in sehr wenig kennen und das sie den Namen halber über die Achsel anziehen, das würde sich behaupten, wollte man ihm die Segnungen der tschechischen Demokratie bringen, die auf ihrem Rücken nun bald mit beiden Füßen in der Acta. Danks liegen wird. Vor wenigen Tagen haben in Oesterreich die Soldatenratswahlen stattgefunden und vier Fünftel der Soldaten haben sozial-

demokratisch gewählt. Man sollte das einmal in Prag plakatieren und beobachten, welche Wirkung diese Nachricht auf den tschechischen Bürger ausübt. Er würde sich vom Mond gefallen glauben oder mindestens meinen, er träume vom Jahre 1918, von der russischen Revolution und von den großen Worten, mit denen er damals der Arbeiterklasse seine Solidarität kundgab. Ja, in Oesterreich gibt es Soldatenräte; die Sozialisten wählen nicht nur bei den allgemeinen Wahlen mit — daß dies anders sein könnte, daran denkt wohl nicht einmal der Seipel, sie wählen auch ihre Vertrauensleute, denn sie sind gewerkschaftlich organisiert. Und vier Fünftel der Soldaten sind Sozialdemokraten! Nein, das kann sich ein tschechoslowakischer Bürger schlecht vorstellen und er würde jeden, der ihm derlei erzählt, für einen gewissen Aufschneider halten. Aber dieses nachbarsche Oesterreich hat auch abgerüstet, es hat eine Armee von 15.000 Mann und obwohl es nicht nur Ungarn, sondern auch das etwas gefährlichere Italien zum Nachbar hat, beschäftigt es sich mit ganz anderen Dingen als mit Rüstungen. Also soweit sind wir einmal nicht und wir haben uns mit der Verösterlicherung doch insofern abgefunden, als wir uns hüten, an die großen Worte von 1918 zu appellieren. Wir werden alle Hände voll zu tun haben, uns gegen die Verlängerung der Militärdienstzeit zu wehren. Denn das dürfte das zweite Gesetz sein, das Herr Soehla im Auge hatte, als er von den Wehrangelegenheiten sprach, die ihm mindestens so dringend erscheinen wie die Wirtschaftskrisis, deren Studium er mit Spina und Englis sich widmet. Der neuen Koalition wird bei diesem Wehrgesetz, das wahrscheinlich freibleibend bis zur nächsten Verlängerung behauptet werden dürfte, ein Mangel sehr fühlbar werden, der ihr subtil anhaftet. Es fehlen in der Gemeinschaft der Militärischen die Deutschen in Analen, die aus dem alten Oesterreich die weitaus größte Erfahrung in allen Fragen des Militarismus mitbringen. Da aber Krámař dem Reich ohne Zweifel mit Rat und Tat zur Seite stehen wird und die deutschen Christlichsozialen als Nahrungsmittelmänner auch nicht zu verachten sind, wird es mit der 18monatigen Dienstzeit und den Kleinrenten, die noch drinn und drann hängen, ganz gut abgehen. Den Christlichsozialen scheint ebendies durch das Los die Aufgabe zugefallen sein, die neuen Militärlasten und die Verlängerung der Dienstzeit populär zu machen. Es ist aber auch möglich, daß wir die Kongruenzen verkennen und daß es nur Ehrgeiz und Ueberzeugung sind, die den Artikel in der „Deutschen Presse“ gebären, der wortwörtlich aus der „Reichspost“ von 1912 geschritten sein könnte, so warm tritt er für Rüstungen, lange Dienstzeit und Beibehaltung des stehenden Heeres ein. Die Christlichsozialen tun es auch aus reinem Idealismus, um Gotteslohn und zu Ehren ihrer kriegerischen Tradition, wenn sie die neuen Wehrangelegenheiten annehmen. Anders die Landhändler; für sie fällt auch diesmal so wie im Sommer bei Hölten und Kongrat der weitaus größte Teil der Peine ab. Sie werden die Erträge für die Bauernlöhne als hohe Ertragsleistung heimbringen und wir sind überzeugt, daß sie dem Großbauer bereitwillig machen werden, daß es nicht sein Schaden ist, wenn sein Sohn nur ein paar Monate dienen muß, den Rest aber der Sohn des Händlers oder der Knecht zupackend bekommt, die ebendies in den 18 Monaten viel mehr Juchz lernen als in den vierzehn, die ihnen ohne das neue Gesetz blühen.

Wenn wir all diese Ertragsleistungen eingesehen haben, dann können wir eigentlich immer noch sagen, wir seien mit dem blauen Auge davongekommen. Denn es ist gar nicht so sicher, ob wir zu der verlängerten Dienstzeit, zur Ertragsleistung für die Bauernlöhne und zur Abschaffung des Soldatenwahlrechts nicht noch ein Gesetz über die vormilitärische Erziehung bekommen. Der Herr, im Grunde gar Stöb-

führung der Reaktion und es wird wahrlich nicht das Verdienst der Christlichsozialen und Landhändler sein, wenn diese Segnung der Kultur uns erpart bleibt. Wenn Soehla es nicht wagt, unter seinen Wehrangelegenheiten die vormilitärische Erziehung zu präsentieren, so wird er es nicht tun, weil der Widerstand der Arbeiter diesen Anschlag nicht ertragen wird. Die gemeinsame Aktion der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Jugend soll den Nachhabern eine machtvolle Warnung sein.

Protestaufruf der deutschen und tschechischen proletarischen Wirtschaftsverbände.

An die Konsumenten!

Jahrelang dauert bereits der geschäftliche Kampf gegen die genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen (Konsumvereine), die hauptsächlich durch die Presse der Generalspartei, der Christlichsozialen, der Nationaldemokraten, der Agrarier und Landhändler geführt wird. Der Zweck dieses Kampfes ist, die Konsumentenorganisationen (Genossenschaften) der Verbraucherseite gegenüber als wertlose und überflüssige volkswirtschaftliche Gebilde hinzustellen und demgegenüber zu beweisen, daß der Privathandel imlande sei, die Interessen der Verbraucher selbst besser zu schützen und daß er das einzige berechtigte Verbindungsglied zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher sei.

Da sich diese Angriffe in der letzten Zeit auch auf parlamentarischen Boden wendeten, sind die unterzeichneten Genossenschaftszentralen gemeinsam mit den Prager Konsumgenossenschaften gewonnen, sich an die breite Öffentlichkeit sowie an ihre Mitglieder zu wenden, um sie auf diese Angriffe aufmerksam zu machen und darauf zu verweisen, daß in den Konsumgenossenschaften alle Schichten der sozial wie geistig arbeitenden Bevölkerung einen unmittelbaren und wirksamen Einfluß besitzen und ihre Unternehmungen verfolgen einzig wirtschaftliche Zwecke und ihr einziges Interesse ist der wirtschaftliche Schutz ihrer organisierten Mitglieder und damit der gesamten Verbraucherschaft.

Die Bedeutung der genossenschaftlichen Verbraucherorganisation für die Volkswirtschaft tritt am besten durch ihre heutige Größe in Erscheinung. In der internationalen genossenschaftlichen Weltorganisation sind über 100.000 Genossenschaften mit 50 Millionen Familien vereinigt.

Diese 200 Millionen Menschen haben sich in dieser mächtigen genossenschaftlichen Organisation vereinigt, um mit ihrer Hilfe ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen und zu verteidigen. Der Privathandel hat bis auf geringe Ausnahmen in allen Ländern und zu jeder Zeit gezeigt, daß er der Verbündete jener ist, welche dem Interesse der breiten Volksschichten feindselig gegenüberstehen und er hat diese Tendenz bei jeder Gelegenheit offen zur Schau getragen. Auch bei uns in der Tschechoslowakischen Republik hat es sich bei den Verhandlungen über die Zölle, welche die Lebensinteressen der armen Volksschichten der Republik äußerst schädigen, gezeigt, daß sich die genannten politischen Parteien und deren Presse zum gemeinsamen Kampfe vereinigten, um die unfruchtbarsten Forderungen auf die notwendigsten Bedarfsgegenstände durchzusetzen.

Und in derselben Zeit, in der durch diese Parteien hohe Zölle auf die lebensnotwendigsten Güter gelegt wurden, hat sich deren Presse in hinterhältiger Weise auf die Konsumgenossenschaften gestürzt, wie, wenn diese die Ursache der Verteuerung der Lebensmittel wären und nicht jene, die die Eigentümer der Lebensmittel sind und gestützt durch hohe Zölle höhere Preise erzielen können, während die Konsumgenossenschaft für die Güterverteilung bedürftig.

Auch die Belastung der Bevölkerung mit der hohen Zuckersteuer hat diese Gesellschaft

zum Anlaß genommen, um auf die Genossenschaften mit dem lächerlichsten Vorwurfe hinzuweisen, daß die Konsumgenossenschaften große Vorteile an billigen Zucker hätten. Demgegenüber sei festgestellt, daß das Zuckersteuern, das nur durch Abschaffung der reichlichen Zuckerlieferung, den Konsumgenossenschaften im Monat September 60 Prozent weniger Zucker liefert, als ihr normaler und tatsächlicher Verbrauch war.

Auch in der Frage der Einfuhr von Kartoffeln aus dem Auslande wendeten sich die Presse unserer genossenschaftlichen Verbände gegen die Verbraucherorganisationen, obwohl diese beabsichtigt sind, ihre Mitglieder und damit die Masse der Verbraucher zu schützen und preisregulierend zu wirken, indem sie billige Kartoffeln aus dem Auslande einführen und dadurch der Ausbeutung der hiesigen Erzeuger ein Gehege legen.

Diesem Bestreben der Konsumgenossenschaften wurde seitens der Regierung und ebenso seitens der genossenschaftlichen Presse der größte Hindernis in den Weg gelegt. Durch die verstärkte Ausbeutung der Einfuhrermittlungen für die Genossenschaften würde der gewünschte Erfolg der Kartoffeleinfuhr aus dem Auslande zum Scheitern und nicht zu führen.

Diese Aktion der Feinde der Genossenschaftsbewegung richtet sich in ihren Auswirkungen gegen die Interessen des gesamten arbeitenden Volkes und auf die Konsumgenossenschaften wird losgeschlagen, um das eigene volkswirtschaftliche Streben zu verhindern.

Durch unsere heutige Kundgebung weisen wir die Angriffe gegen die Genossenschaftsorganisationen der Arbeiter, Beamten und Angestellten, welche als Berufsorganisationen der arbeitenden Schichten den Privatunternehmungen und dem Privathandel überhaupt im Wege sind, auf das Entschiedenste zurück.

Durch die große Zahl und die ausgezeichnete Organisation ihrer Vertretungsstellen im ganzen Gebiet des Staates verhin dert die Konsumgenossenschaften das Streben der Spekulanten und Preisstreiber, die höhere wirtschaftliche Lage des arbeitenden Volkes rücksichtslos auszunutzen. Und deshalb unternehmen ihre Presseorgane in bestiger und feindseliger Weise die Angriffe gegen die Genossenschaften.

Die Familien unserer Mitglieder, Arbeiter, Beamten und Angestellten, die unter der Last der heutigen Wirtschaftsbeziehungen und der ungewaschenen Bedrückung durch die reaktionären Gesellschaftsorganisationen leiden, werden sich durch diese Angriffe nicht betrunken lassen, denn sie wissen, daß unsere Konsumgenossenschaften ihre Aufgaben zum Schutze der Mitglieder erfüllen.

Wir richten an die gesamte Mitgliedschaft den Appell an ihren eigenen Unternehmungen und Genossenschaften um so treuer festzuhalten. Die beste Antwort auf alle diese hilflosen Angriffe unserer Gegner wird sein.

Wenn alle Genossenschaftsmitglieder in der Zukunft dafür sorgen werden, daß es keine einzelne Arbeiter-, Beamten- oder Angestellten-Familie gibt, die nicht in unseren Reihen steht.

Verbet alle Mitglieder der Konsumgenossenschaften, besorget eueren Bedarf selbst einzeln und allein in den Konsumvereinen.

Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften Prag.

Ustřední svaz československých družstev v Praze.

Unie československých družstev v Praze.

Allgemeiner deutscher Konsumverein für Böhmen in Prag.

Konsumní družstvo železničnických zaměstnanců Praha, Masarykovo nádraží

Poštovní nákupna v Praze, Spotřební družstvo Velké Prahy.

Všela ústřední dělnický konsumní atd. spolek v Praze.

Železniční nákupní družstvo Praha-Nusle.

Mussolini und Averescu.

Von Hermann Wendel.

Als Mussolini und Averescu am 16. September in Rom den Freundschaftsvertrag zwischen ihren Staaten unterzeichneten, magen sie sich besonders begehrt haben; denn wirklich waren hier einmal zwei Spiegelbilder einander wert. Italien und Rumänien sind heute die beiden Länder, in denen Recht und Gerechtigkeit am meisten zu den Hundstod gekommen ist und der Krampf eines schamlosen Willkürregimes triumphiert, und General Averescu, der ein Nachfolger Mussolini ist, verfehlt denn nicht, dem Faschismus eine Verbildung zu machen, indem er die gute Verwaltung eines Landes rühmt, in dem die Bürger diszipliniert seien!

Aber trotz der aufdringlichen Sehnsucht der Rumänen, als echte Nachkommen der alten Römer zu gelten, befriedigte der Vertrag mit dem eifigen Nachbarn des antiken Römertums die öffentliche Meinung des Landes keineswegs. Die ganze Politik Averescus seit 1918 ging darauf aus, den territorialen Bestand des gewaltig angewachsenen Reiches zu sichern. Dabei der Beitritt zur Kleinen Entente, daher der Schutz- und Trutzbund mit Polen, daher auch der vor wenigen Wochen abgeschlossene Pakt mit Frankreich. Vor allem ist Rumäniens außenpolitisches Weh und Ach aus einem Punkte zu furtieren, der die Sicherung Bessarabiens heißt. Obwohl diese 1918 angegliederte Provinz überwiegend von Rumänen und nur zum geringen Teil von Russen bewohnt ist, hat die Sowjetregierung ihren Anspruch auf das 1878 vom Jarisimus geschlossene Land seinen Augenblick preisgegeben. Die Grenzen aller Nachbarstaaten hat sie anerkannt, nur die Rumänien nicht, und in Bukarest gab man sich schwere Mühe, die Großmächte zu Garantien der neuen Besitzverteilung zu machen. Aber nur widerwillig hat England 1922, Frankreich 1924 den Pariser Vertrag vom 28. Oktober 1920 ratifiziert, der Bessarabien zu Rumänien schloß, und Italien hat sich, obwohl ebenfalls Unterzeichner des Vertrages, bisher geschnitten von seiner Ratifizierung gedrückt.

Als sich darum Averescu nach Rom begab, verließ er, daß er die Anerkennung Italiens für das rumänische Bessarabien mitbringen werde, aber an Ort und Stelle widerfuhr ihm bittere Enttäuschung. In ihren Gewaltmethoden sind sich der schwarze Bolschewismus in Italien und der rote Faschismus in Rußland zu wesentlichen Ähnlichkeit, als daß die rumänischen Machthaber ohne Rot den Jura der Vertraggeber zu fordern wüßten. So kam in den italienisch-rumänischen Vertrag nicht nur seine Silbe über Bessarabien im besonderen und über Grenzsetzung im allgemeinen, sondern in einem offiziellen Schreiben an Averescu betonte Mussolini auch ausdrücklich, daß aus mündlich mitgeteilten Gründen das Abkommen unzerstörlich sei und der Pariser Vertrag von 1920 erst dann zu ratifizieren sei, wenn die allgemeinen Interessen Italiens dadurch nicht geschädigt würden. Der rumänische Ministerpräsident sah in dem lauren Apfel und wollte sich mit dem scheinbar zarten Trödel heim, daß in Rom wenigstens die Grundsätze des Pariser Vertrages anerkannt und seine Ratifizierung irgendwann einmal in Aussicht gestellt worden sei.

Da demnach das Abkommen zwischen Italien und Rumänien wenig Verbindendes und Handgreifliches enthält und zudem zwischen zwei Schachbühnen abgeschlossen wurde, konnte es im Ernstfall wie in Deines Gedicht von den beiden edlen Polen gelten:

Und da keiner wollte leiden,
Daß der andre für ihn solle,
Hätte keiner von den beiden

Aber erst wenn er zwischen den Zeiten gele-

Wilhelm darf nicht zurück.

Entschiedene Erklärung der deutschen Regierung.

London, 23. Oktober. Im Zusammenhange mit den kürzlichen Gerüchten über eine mögliche Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland wurde der Reuters-Berichterstatter in Berlin gestern abend zuverlässig dahin unterrichtet, daß der frühere Kaiser bisher noch kein Gesuch an die deutsche Regierung gerichtet habe, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen. Ein solches Gesuch würde von der deutschen Regierung abgelehnt beantwortet werden.

Der englische Streit.

Unterstützungsfaktion der Gewerkschaften.

London, 23. Oktober. (Reuters.) Der Generalrat des Kongresses der Trade-Unions beschloß gestern, eine Sonderkonferenz der affiliierten Unions einuberufen, welche selbst über die freiwillige Besteuerung zugunsten der streikenden Bergarbeiter entscheiden wird.

„Harmlose“ Geheimbünde.

Der blinde Staatsgerichtshof. — Das Verbot des „Wikingerbundes“ bleibt trotzdem aufrecht.

Berlin, 23. Oktober. (Eigenbericht.) Vor einigen Tagen hatte der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das vom preussischen Innenministerin ausgesprochene Verbot der völkischen Bünde Wiking und Olympia angedehnt. In der jetzt bekannt gegebenen Urteilsbegründung heißt es: daß aus den Satzungen der beiden Bünde nicht hervorgehe, daß sie gewalttätig den Sturz

sen wird, enthält der Vertrag kein eigentliches Wehen. Die rumänische Oppositionspresse sieht in ihm nur einen Schlüssel, mit dem sich der italienische Kapitalismus einen neuen südosteuropäischen Markt erschließen will, um gute Geschäfte zu machen. In der Tat stehen sich nach Überwindung der größten Nachkriegswirbeln auf der Apenninhalbinsel die Produktivkräfte. Zu Ende des vergangenen Jahrhunderts noch auf die Einfuhr von Textilien angewiesen, ist Italien heute ein großer Exporteur von Baumwollwaren, der 1925 nicht weniger als 737.000 Doppelzentner auf den Weltmarkt warf. Ebenso entfällt ein Zehntel der gesamten Weltproduktion an Kunstseide auf das Land, wo die Zitronen blühen; seine elektrische Kraftzeugung hat sich seit 1914 mehr als verdreifacht und gewaltigen Aufschwung genommen auch die Automobilindustrie. Der Faschismus sieht sein tiefstes Daseinsrecht in der Rolle eines Schrittmachers dieses Kapitalismus und betrachtet im Südosten Italien als den legitimen Erben der Habsburgermonarchie, die auch bis zum bitteren Ende nach der wirtschaftlichen Unterjochung und kolonialen Ausbeutung der Balkanhalbinsel strebte. Wenn Rumänien in den letzten Jahren drauf und dran war, sich dem ökonomischen Einfluß Italiens zu entziehen, so ist nach der im Sommer gewährten Anleihe von zweihundert Millionen Lire dieser Vertrag das zweite Mittel, das Land Averescus unter die Botmäßigkeit des römischen Kapitals zu bringen. Wäher befanden sich unter den 125 Gesellschaften, die an der Ausbeutung der rumänischen Erdölvorkommen teilhaben, nur vier italienische Finanzgruppen; künftig soll das anders werden!

Da Mussolini jedoch mit gleichem Eifer nach der politischen Herrschaft auf dem Balkan trachtet, ist der Vertrag mit Rumänien auch da eine Waise in dem Reich, das er über der Halbinsel zusammenzieht. Das größte

den. Die deutsche Regierung sei fest entschlossen, dem früheren Kaiser keinesfalls die Erlaubnis zur Rückkehr zu geben, weil seine Rückkehr Unruhe unter einem großen Teile der Bevölkerung hervorgerufen und auch verhängnisvollen Einfluß auf die öffentliche Meinung im Ausland haben würde.

Vor Ablauf des Gesetzes zum Schutze der Republik im nächsten Juli werde die Regierung weitere Schritte tun, um die Stellung des ehemaligen Kaisers endgültig festzulegen.

der Republik beabsichtigt hätten. Es sei auch für die militärische Beistandung kein Nachweis erbracht worden. Demgegenüber steht die preussische Regierung auf dem Standpunkt, daß nach dem vorliegenden Material immer wie auch politisch eine Sachverhalt vorliege, die beiden Bünde nach dem vorliegenden Material eine militärisch geordnete Organisation haben, die über das ganze Reichgebiet verweilt, Waffen besitzt und mit rühmlich gefährlichen Mitteln am gewalttätigen Sturz des Staates arbeite; überdies enthält die Dienst-anweisung des Wikingerbundes genaue militärische Vorschriften. Die beiden Bünde wurden während des Belagerungszustandes im Februar 1924 vom Ober der Beurlaubung aufgelöst; nach Beendigung des Ausnahmezustandes nahmen sie aber ihre Tätigkeit in erhöhtem Maße wieder auf.

Die Aufhebung des Verbotes hat allerdings keine praktische Bedeutung, da die Ausführung nicht nur nach dem Gesetz zum Schutze der Republik sondern auch, und zwar im Einklange mit der Reichsregierung, wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Durchführung des Friedensvertrages erfolgt; gegen diese Verfügung gibt es aber kein Rechtsmittel.

Hindernis für die Erhebungen der faschistischen Außenpolitik war auf diesem Felde die kleine Entente zwischen der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien, die im Verhältnis zu den Großen einen ausgesprochen antimperialistischen Charakter an sich trug. Ginge es für Mussolini um eine friedliche Balkanpolitik, so wäre, wovon schon einmal die Rede war, der Beitritt Italiens zur Kleinen Entente das Gegebene. Er zieht es aber aus buchhalterischen Gründen vor, dieses Dreistaatenbündnis von innen heraus zu lähmen, indem er eine ihrer Mitglieder nach dem andern, erst Südslawien, jetzt Rumänien, durch besondere Verträge an sich bindet. Aber auch die andern Balkanstaaten werden bereits in seinem Gefolge. Die Tage, an denen sich in Rom die Abordnungen der unterworfenen Völker des Erdkreises drängten, stiegen für den großwahnsinnigen Imitator der Cäsaren auf, als kurz nach Averescu der bulgarische Außenminister Buraw in Bulgarien in Rom erschien und sich gleich darauf eine griechische Delegation unter Ekdalys' name, um an den neuen Handelsvertrag die letzte Felle zu legen. Da Albanien heute nichts als eine italienische Kolonie ist, wäre mit Einbeziehung Rumäniens, Griechenland und Bulgariens ein ganz niedlicher Ring geschlossen, und Südslawien, das trotz des Freundschaftspaktes mit Rom wegen der Mißhandlung der 300.000 Serben und Slowenen in Italien zu Mussolini lächerlich steht, befürchtet, vielleicht nicht mit Unrecht, Ziel und Opfer dieser Eintreibungsaktion zu sein.

Letztern bin, Genf her — die anstehende Politik des Faschismus arbeitet im Südosten nach der alten imperialistischen Manier, die Europa 1914 in ein Schlachthaus verwandelt hat, und wenn auf dem Balkan über kurz oder lang ein Konflikt ausbricht, wird unmittelbar oder mittelbar, der Störenfried Mussolini befehlen.

Vom Baume des Bösen.

68 Von Marcel Berger.

Ich war über eine Stiege in eine Höhle geraten, in eine Art Burgort, das ein Leichengänger über eine Stiege in eine Höhle geraten, in eine Art Burgort, das ein Leichengänger Leichengänger über eine Stiege in eine Höhle geraten, in eine Art Burgort, das ein Leichengänger

Es war mir bestimmt, am Leben zu bleiben und ich bin am Leben geblieben. Wieso? Warum? Ich habe alle Hypothesen geprüft; mit einer ist haltbar: Philipp hat mich, mich allein begnadigt! Seine Freundschaft konnte mehr Nachsicht als eine Liebe. Der Eldogentisch, an dem ich mich nun genau erinnere und der mir das Elfenbein aus der Hand riss, war beabsichtigt. Und die zweite Mordthat, die Anton brachte, enthielt kein Gift! Dies ist die einzig mögliche Erklärung. Lebend hat ich an seiner Tür, sie zu befechtigen, mit Bewußtsein zu geben. Er hat mir nicht geantwortet.

Meine ungeduldige Lebenslust und eine peinigende Kurze trübten mich weiter.

Nach einmal trat ich bei Berber ein. Die lag in den letzten Tagen; er, selbst ein Bild des Jammers, hielt sie umschlungen. Sie baten mich, ein wenig zu bleiben, und ich öffnete auf sein Verlangen das breite Fenster, das nach Osten ging, damit die milden Strahlen der aufgehenden Sonne

sie beschienen konnten. Niedrall erhob er sich, um seiner Frau die volle Bestrafung zu sichern. Er dankte ihm mit einem schwachen Handdruck.

Er nahm seinen Reiter vom Kamin, lebte sich an das Fenster und begann den Horizont abzulesen.

„Sie hatten Aussicht nach dem Fieger?“ fragte ich leise.

„Ja.“ Sprach er, „nach dem Fieger.“

Und der Sterbenden zulächelnd:

„Er wird kommen... er wird uns retten.“

Er schloß über sich er mit das Glas und wachte an das Bett zurück. Er hatte seine Kräfte überschätzt. Nachher wandte ich mich gegen das andere Fenster, von wo ich über die Umfassungsmauer einen überaus schönen Ausblick über den Nordabhang des Berges hatte. Im Gesichtsfeld meines Instrumentes tauchten abwechselnd grau Quarzstein und grasbewachsene Stellen auf. Dieser unten, in einer Art Schlucht zwischen porphyrischen Wänden erreichte ein merkwürdiger Fleck für einen Moment meine Aufmerksamkeit. Er ähnelte einem Haufen von dunklen Kreben, deren Scheren sich in die Höhe spreizten; aber die Entfernung war zu groß; meine Aufmerksamkeit erlahmte bald.

Später habe ich erfahren, daß dort jene Unglücklichen abgestürzt waren, die sich über den Grottenfließ hatten retten wollen. Jeder, der diesen Weg nahm, erlag auf derselben fatalen Stelle des ungangbaren Felsenkammes. Hier lag unter einer Auhaltung proletarischer Leichen die sterbliche Hülle des Cecil Parvour, die erst nach Wochen aufgefunden werden konnte, als die Raben sie schon heimlich verbeißt hatten.

Wieder verließ ich das Oberpaar Berber. Ich fürchtete mich nicht mehr, die Halle zu betreten. Die fünf Angeln, die ich noch in meinem Bräu-

nung hatte, boten mir genug Schutz gegen Angreifer, die sich kaum mehr an recht halten konnten.

Auf der Treppe, ein paar Schritte von der Brüstung entfernt, streifte mein Fuß Darriques und Weissweiler. Sie lagen neben einem erkalteten Kohlenbecken, im Tode in einer leichten feindlichen Umarmung verkrüppelt.

Büchlich erkante aus der Ferne des Luftsaumes das Knarren eines Notars, das bald ansah, während das Surren einer Schraube erwartete. Heberausung löbte mich, mein bläuliches Gehirn war nicht imstande, sofort den angemessenen Entschluß zu fassen. Ich verlor eine Minute und als ich endlich in den Hof kam, hatte die Landung schon stattgefunden. Aber wo? Die einzig mögliche Stelle war die breite geschotterte Rampe neben dem Tennisplatz. Und auch dort blieb es ein Knackstück.

Am Schloßportale stand ich einige still: Der Apparat hatte sich mit der Spitze in den Boden gebohrt! Eine Stichflamme fuhr aus dem Benzinschloß, entfaltete sich breit wie eine wehende Fahne. Ich stieß einen gellenden Schrei aus. Am Kn drante das ganze Flugzeug. O, mein Gott! Ich sah den Piloten, den der Anprall aus dem Sitze geschleudert hatte, an seiner Lederhose im Gefänge hängen. Kramphof verlor er sich zu befreien. Die Flammen kamen ihm näher, ledten schon an seinen Stiefeln. Ich hörte seine verzweifelte Hilferufe. Stierig sah das Feuer weiter. Ich sah, wie seine Glieder sich bogen, einkrümmten wie ein Papierbüchlein über einer Lampe. Seine Glieder glöhsten. Er drückte sich wie ein verbranntes Insekt zusammen.

Der brennende Apparat verdrängte eine unerschütterliche Stütze, die jede Annäherung an ihn

Inland.

Dr. Kramar und die Rechte der Minderheiten.

In seiner großen Parlamentarrede aus Anlaß der Einsetzung der neuen Regierung hat Dr. Kramar nach dem Berichte der „Narodni Listi“ u. a. angeführt:

„In den Friedensverträgen sind uns gewisse Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten auferlegt worden und zwar solche, daß, ich sage dies selbst, ich mich nie trauen würde, den deutschen Landesleuten nur das vorzulegen, was in den Friedensverträgen enthalten ist.“

An einer anderen Stelle heißt es in der gleichen Rede:

„Es wäre doch eine Schandtat, die Deutschen mit ihrer ganzen kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung und mit ihrer ganzen Zahl auf den Standpunkt der Friedensverträge herabzudrücken.“

Da nun, wie wiederholt nachgewiesen die tschechoslowakische Sprachengeheißung und ihre Durchführung den Deutschen nicht nur nicht mehr bietet, als der für alle von den Friedensverträgen behandelten Minoritäten ohne Rücksicht auf ihre Zahl und Bedeutung zugeschnittene Minderheitschutzvertrag, sondern hinter ihm noch zurückbleibt, haben wir in den zitierten Äußerungen des Repräsentanten des tschechoslowakischen Nationalismus einen wertvollen Beleg für die sachliche und moralische Verächtlichkeit unseres Kampfes gegen das Sprachennetz. Denn die Gesetzgebung hat sich dessen schuldig gemacht, was Kramar als eine „Schandtat“ bezeichnet und Vorschriften zu Verfassungsnormen werden lassen, die den Deutschen zu bieten, selbst Kramar sich, wie er sagt, nicht trauen würde. E. Sch.

Die faschistische Spaltung in Mähren.

Die „Nar. Listi“ teilt mit, daß Dr. Kramar, bis vor kurzem noch der Vorherrscher der mährischen Faschisten, aus der Faschistenbewegung ausgeschlossen worden sei. Als Grund des Ausschusses wurde seine „erschöpfende Tätigkeit, unerschöpfliche Hurdten und vollkommene politische Unfähigkeit“ angeführt, die er als ehemaliger Vorsitzender des Landesauschusses der Bewegung bewiesen habe. Dr. Kramar, der vor einiger Zeit wegen schwerer Meinungsverschiedenheiten mit Dr. Svoboda und dem kommunistischen Faschisten Dolzal freiwillig als Vorsitzender der mährischen Faschisten zurückgetreten ist, wird, wie verläutet, ein engeres Sekretariat errichten und bezieht gleichzeitig die Herausgabe einer Zeitschrift „Sif“ vor. Es verläutet, daß der Flügel des Dr. Kramar sich die Bezeichnung „Mährische Faschisten“ geben wird.

Gajda wird degradiert? Einige Blätter verzeichnen die Meldung, daß der Verteidigungsminister Adorak in der nächsten Sitzung des Senates die eingebrachten Interpellationen, namentlich aber die Anfragen über den General Gajda beantworten wird. Das Verfahren sei so weit abgeschlossen, daß mit keinem Abschluß in den nächsten Tagen gerechnet werden kann. Das „Ceske Slovo“ meldet, daß Gajda wahrscheinlich degradiert werden wird, um so wehr als auch der Parlamentarier, die in Jugoslawien weite, weiteres bestehendes Material gegen Gajda vorgelegt wurde.

Slinska zufrieden. Wie die „Ed. Nov.“ berichten hat Slinska die Taktik der parlamentarischen Fraktion der Slowaken genehmigt; die Verhandlungen Slinska mit Wechia werden auf der bisherigen Grundlage erfolgen. Das Blatt der Slowaken deutet an, daß die Slowaken die Erfüllung von sechs bestimmten Bedingungen schon erreicht haben.

verbündete. Auf einmal bemerkte ich zwei Ueberlebende neben mir, darunter den Feindgänger.

Die Medizin... das Gegenmittel“ sammelten sie.

Das war ohne Zweifel mitverbrannt! Wenn es... wenn es nicht am Ende die Schwadler enthielt, die dort auf den Boden gestürzt war! Wahrhaftig, die Verpackung zeigte das rote Kreuz! Unerschrocken stürzte der Zigeuner vor, um es an sich zu raffen.

Der glühende Hauch ließ ihn jäh zurückprallen. Als wäre er auf ein elastisches Hindernis gestoßen. Er hielt sich ein Taschentuch vor das Gesicht, redete die Hände in die Taschen, mußte sie wieder herausziehen, stolperte. Ich beobachtete ihn... und plötzlich hörte ich das Pfeifen einer Gewehrfluge, ein Geräusch, das unsere ganze Generation nicht so bald aus den Ohren verlieren wird. Fast gleichzeitig folgte der Knall des Schusses. In einer gleichen Bewegung führten wir herum. Ueber der Mauer, links von den Säulen zeigte sich an einem Fenster des zweiten Stockes eine Silhouette.

Die Mündung des Arabers verberg das Gesicht des Zielenden. Ein zweiter Schuß fiel. Das Geschloß rifschoßierte auf dem Ries zwischen dem Russen und uns. Auf ihn wurde gezielt! Eine Erleuchtung! La Tour-Aymon! Seine Wundschmerz! Der Zigeuner hob die geballte Faust gegen das Fenster. Eine dritte Kugel schloß uns um Haarsbreite. Ich gab es auf, ergriff die Flucht. Von weitem, durch den aufgeren Wall gedacht, sah ich mich um... Der Feind war auf allen Bieren vorwärts gestoben und legte die Hand an die rettende Schwadler... Da streckte ihn ein letzter Schuß nieder; die beiden Arme weit ausgebreitet, blieb er liegen. (Schluß folgt.)

Das Recht der deutschen Bevölkerung auf einen selbständigen deutschen Ortschulrat.

Diese grundsätzliche, so ungemein wichtige Frage hat bereits wiederholt das Oberste Verwaltungsgericht beschäftigt, ohne daß dieses Gericht eine meritorische Entscheidung gefällt hätte. Seinerzeit hatte der mährische Landesschulrat für Mähr.-Ostrau und für Bittkowitz einen selbständigen deutschen Ortschulrat bewilligt. Dagegen haben die beiden scheidenden Ortschulräte von Bittkowitz und Mähr.-Ostrau rekurrirt, worauf das Ministerium dieser Beschwerde stattgegeben und auch für M.-Ostrau u. Bittkowitz die Errichtung eines nationalgemischten Ortschulrates angeordnet hat. Die Obmänner der gewesenen deutschen Ortschulräte führen nun in deren Namen gegen diese Entscheidung Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht und berufen sich auf die Vorschriften des § 20, Abs. 1, des neuen Schulaufsichtsgesetzes v. 1. 4. 1920, Nr. 292, derzufolge die Vertreter der Schule „von der Konferenz der Lehrerschaft gewählt werden, die an den Volks- und Bürgerschulen mit gleicher Sprache in der Schulgemeinde angestellt ist“, ferner auf die Vorschrift des letzten Absatzes des § 20 des n. Gesetzes, in welcher es heißt: „Die Leiter der öffentlichen Schulen und Erziehungsanstalten in der Schulgemeinde und die Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten können sich, falls sie nicht gewählte Mitglieder sind, an den Sitzungen des Ortschulrates gleicher Sprache mit beratender Stimme beteiligen.“

Mit Recht folgerten die aufgelösten deutschen Ortschulräte, daß aus dieser Vorschrift hervorgehe, daß es eben in Gemeinden wo Schulen verschiedener Unterrichtssprache bestehen, zwei Ortschulräte geben müsse, daß daher der Gesetzgeber, die in Mähren bisher bestehenden national selbständigen Ortschulräte habe, weiter bestehen lassen wollen. Das Oberste Verwaltungsgericht ging leider bei der am 28. 2. 1924 stattgefundenen Verhandlung in eine meritorische Behandlung der Streitfrage nicht ein, sondern wies die Beschwerde aus dem formellen Grunde zurück, daß die Obmänner der aufgelösten nunmehr nicht mehr bestehenden Ortschulräte kein Beschwerderecht in der Streitfrage besitzen.

Inzwischen war auch für Olmütz die Errichtung des Landesschulrates erfolgt, doch dort die Errichtung eines selbständigen deutschen Ortschulrates nicht genehmigt wird, sondern ein gemeinsamer gemischtsprachiger Ortschulrat für die Schulen beider Nationen zu errichten ist. Mit Rücksicht darauf, daß das Oberste Verwaltungsgericht die Obmänner der aufgelösten deutschen Ortschulräte die Beschwerdelegitimation abgeprochen habe, traten diesmal alle deutschen Parteien gemeinsam als Beschwerdeführer auf mit der Begründung, daß durch eine Bildung eines gemeinsamen gemischtsprachigen Ortschulrates jede einzelne deutsche Partei hinsichtlich der Zahl ihrer Vertreter in der Ortschulbehörde verliert worden sei. Das Ministerium wies jedoch auch diese Beschwerde als unbegründet ab, weil es auf dem Standpunkt steht, durch das Gesetz Nr. 292/20 seien die selbständigen deutschen Ortschulräte aufgehoben und obligatorisch die Errichtung gemischtsprachiger Ortschulräte anzuordnen worden sei, so daß die Bewilligung der Errichtung eines eigenen deutschen Ortschulrates nur noch § 22 des Schulaufsichtsgesetzes möglich sei, der die Errichtung mehrerer Ortschulräte für eine Schulgemeinde mit einer größeren Zahl von Schulen wohl als zulässig erklärt, sie aber ganz in das „freie Ermessen“ der Landesschulräte stellt.

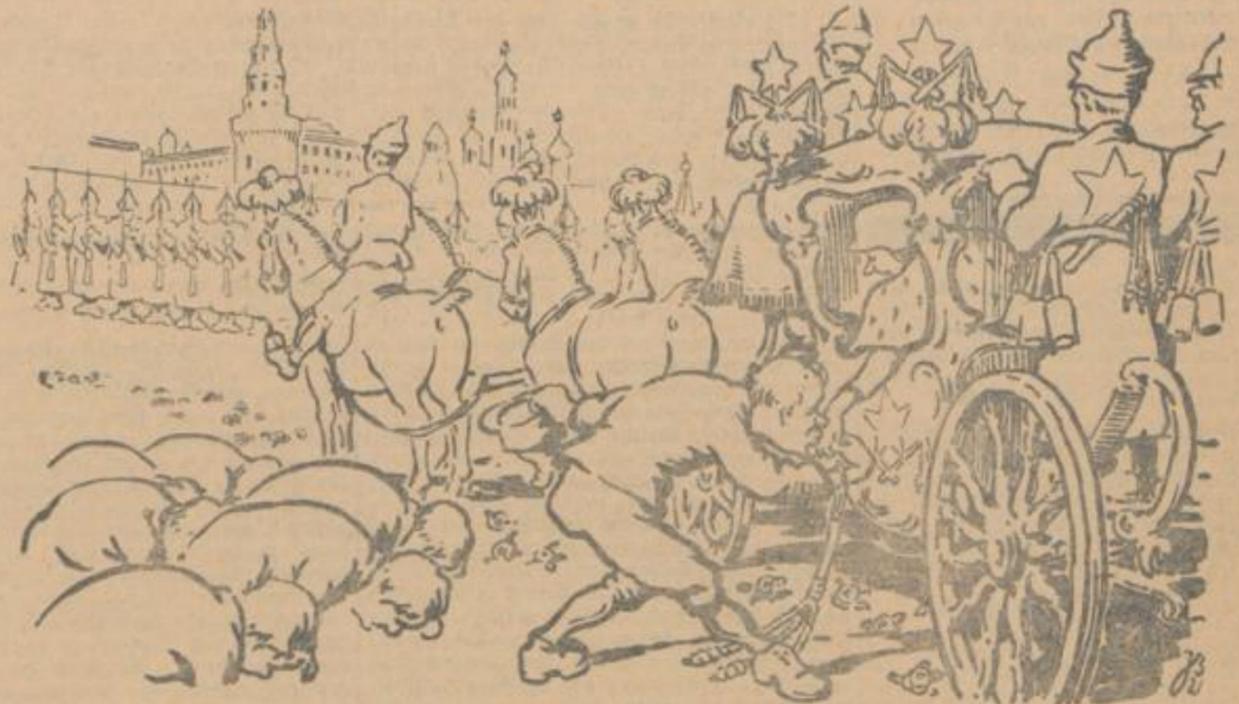
Das abermals angerufene Oberste Verwaltungsgericht wies in der am 24. 4. 1924 durchgeführten Verhandlung auch diesmal eine meritorische Entscheidung in der Streitfrage aus, indem es erklärte, auch die politischen Parteien befähigt sein Beschwerde in der Streitfrage, vielmehr sei die Art und Weise der Durchführung des Schulaufsichtsgesetzes Sache der Schulbehörden und die politischen Parteien kein Legitimation, sich über eine ihnen nicht gesetzlich zugehörige Durchführung des Gesetzes zu beschweren. Es war also zum zweitenmal die förmliche Ausprägung einer Rechtsfrage unterblieben, die beiläufig nicht bloß theoretischen Wert besitzt, sondern ein wichtiges Recht der deutschen Bevölkerung ferner auf örtliche Selbstverwaltung ihrer Schulen betrifft. Die Frage sollte aber noch zum drittenmal das Oberste Verwaltungsgericht beschäftigen.

In der Gemeinde Neudorf war ebenfalls durch ein Verbot des selbständigen Ortschulratschusses im Jahre 1920 die Errichtung eines selbständigen deutschen Ortschulrates von Nelem zur Kenntnis genommen worden. Erst im Jahre 1924 gelangte das zur Kenntnis des Landesschulrates, der sofort mit der Auflösung der beiden national selbständigen Ortschulräte und mit Anordnung der Neuwahl eines gemischtsprachigen Ortschulrates vorgeht.

Nun wurde auch in diesem Falle wieder Beschwerde geführt und zwar — um dem Obersten Verwaltungsgericht nicht abermals Gelegenheit zu bieten, die Beschwerde wegen mangelnder Beschwerdelegitimation der Kläger zurückzuweisen, von dem Obmann des aufgelösten deutschen Ortschulrates als Person und mit der Behauptung, er sei durch die Auflösung des deutschen Ortschulrates in keinem persönlichen Recht auf Bekleidung der Funktion als Ortschulrats-Obmann verletzt

Die Richte Wilhelms II. als „Arbeiterdelegierte“.

Mit einer Gefolgschaft von Großgrundbesitzern, Diplomaten, Journalisten und Industriellen traf kürzlich eine Richte Wilhelms II. in Petersburg ein: dort und in Moskau wurde die Prinzessin von Preußen festlich und offiziell empfangen. Ein Theater veranstaltete ihr zu Ehren eine Feiernacht.



„Kgl. Hoheit, wir begrüßen Sie umso freudiger, als wir Ihnen durch unsere Gastfreundschaft beweisen können, daß alle Gerüchte über kommunistische Angriffe gegen das Haus Hohenzollern jeder Grundlage entbehren!“

worden. — Das Ministerium wies natürlich auch diese Beschwerde ab.

Die Verhandlung vor dem Obersten Verwaltungsgericht war für den 7. 9. 1926 anberaumt. Der Vertreter der Beschwerde Dr. Mauthner-Prag, der alle 3 Beschwerden vor dem Obersten Verwaltungsgericht vertrat, gab sich in Uebereinstimmung mit den schriftlichen Beschwerdeausführungen alle Mühe, das Oberste Verwaltungsgericht von der Unmöglichkeit des Zustandes zu überzeugen, daß in einem Rechtsstaate die Schulbehörden Befehle nach fremdem Befehle im Widerspruch zu ihrer klar erkennbaren Tendenz durchzuführen dürften, ohne daß irgend jemand das Recht besitzen soll, durch Anrufung des Obersten Verwaltungsgerichtes diesen Zustand abzuwenden und dem Gesetze zum Durchbruch zu verhelfen. Im vorliegenden Falle kommt zweifellos dem Obmann des aufgelösten deutschen Ortschulrates die Beschwerdelegitimation zu, da dieser tatsächlich durch die Auflösung dieser Behörde seiner bisherigen Funktion entsetzt worden und befugt ist, sich gegen die ihm gesetzlich erscheinende Maßnahme durch die er in dem subjektiven Rechte auf die weitere Ausübung seiner Funktion verletzt wurde, zu beschweren.

Diesmal hat es sich das Oberste Verwaltungsgericht doch nicht so leicht gemacht, wie in den vorangegangenen Fällen. Nach längerer Beratung wurde die Befähigung des Erkenntnisses auf unbestimmte Zeit vertagt. Man kann also darauf gespannt sein, ob das Oberste Verwaltungsgericht diesmal doch endlich in der Streitfrage selbst einschreitet. Die deutsche Bevölkerung erhofft von diesem Erkenntnis die Erfüllung eines ihr durch das Gesetz gewährtesten Rechtes.

Sorthy-Julij.

Budapest, 23. Oktober. Der sozialdemokratische Abgeordnete von Ledenburg, Eduard Hebel, wurde gestern vom Budapest'ser Strafgericht zu zwei Monaten Gefängnis und acht Millionen Kronen Geldstrafe verurteilt. Hebel hatte Ende 1923 in der Nationalversammlung eine Interpellation eingebracht, in der er über die Mißhandlung der Gefangenen bei der Budapest'ser Polizei Beschwerde führte. Der Polizeirat Pusas lud Hebel vor, um von ihm Daten und Beweise abzuverlangen. Hebel sagte aber dem Polizeirat, daß er bei früheren Anlässen die Uebereinstimmung gewonnen habe, daß man bei der Polizei die Klagen der Mißhandelten nicht ernst unterucht. Als ihn darauf der Polizeirat grob beschimpfte, sagte er: „Wie man mich bei der Polizei behandelt, ist eine Schande.“ Wegen dieser Äußerung wurde gegen den Abgeordneten die Anklage wegen Verleumdung erhoben. In der heutigen Hauptverhandlung wollte Hebel vorbringen, was er in der Nationalversammlung über die Mißhandlung der Studenten Alice Sibelky gesagt hatte; der Vorsitzende unterbrach ihn aber sofort. Er habe nur darüber zu sprechen, wie er beweisen wolle, daß die Polizei ihm gegenüber schändlich vorgegangen sei. Hebel: Ich will die Tatsachen anführen, auf die ich meine Ueberzeugung gründete. — Vors.: Solche Tatsachen können Sie nicht anführen. — Hebel: Ist es ein Verbrechen, sich aus Tatsachen eine Ueberzeugung zu bilden? — Vors.: Das nicht, aber es ist ein Verbrechen, eine solche Behauptung aufzustellen, wie die, zu der Sie sich erdreistet haben. Nach diesem erbaulichen Zwischenspiel wurden alle Beweisanträge Hebel's abgewiesen und Hebel verurteilt.

Tagesneuigkeiten.

Immer wieder Todesopfer der „Friedensgranaten“.

In Pustowcy bei Königsberg (Lijewsch-Schlesien) ereignete sich am Donnerstag ein furchtbarer Unfall. Nachmittags trug der 11-jährige Josef Drastich aus Pustowcy Schuhe zum Schuhmacher. Auf dem Wege fand der Knabe eine Handgranate. Kurze Zeit später wurden die Bewohner der Gemeinde durch zwei kurz aufeinanderfolgende Detonationen aufgeschreckt. Von den herbeieilenden Personen wurde auf der Straße der furchtbar zerrissene Körper eines Knaben gefunden, in dem der Drastich erkannt wurde. Ihn vermisst schon fast kein Tag mehr, an dem wir nicht über solch furchtbare Opfer der Kriegsspielerei berichten müßten. Die Statistik, die wir schon vor Monaten veröffentlichten, und die Ziffern, die vor wenigen Tagen unser Senator Genosse Joll dem Parlament und der Regierung vorlegte, sprechen eine so anklagende, erschütternde Sprache, daß man meinen möchte, selbst die eingefleischtesten Militaristen müßten eine Generalaktion gegen die tödlichen Verbrechen des Militarismus wüthend und hetzerisch. Statt dessen aber zeigt sich in allen verantwortlichen Kreisen eine geradezu erschreckende Gleichgültigkeit und Unbarmerzigkeit der alten Monarchie wie hinter sich, in der in Jahren die „Friedensgranaten“ nicht so viel Opfer forderten, als in der Republik in einem Monat. Um so heftiger wünschen wir, daß das Blut jedes von Handgranaten zerrissenen Hunderts und Tausende zu leidenschaftlichen Hassern und Bekämpfern des Militarismus mache.

Der prinzliche Jumper.

In England, das die Demokratie mit Eifer sucht, behütet, ist Gott sei Dank, folgende rührende Geschichte geschehen: Seine königliche Hoheit der Prinz von Wales war zufällig nicht auf Büffeljagd in Afrika, aber bei einem Pferderennen. Er wollte ein Mensch unter Menschen sein und fuhr darum nach Hull, um das Institut zu besichtigen, in dem blinde und taubstumme Kinder erzogen werden. Man denke sich die Freude der braven Engländer, die ganz außer Rand und Band gerieten, weil der Prince of Wales sich zu solchem Besuche herabließ. Der Hochronist (ein ordentliches demokratisches Land braucht einen Hochronisten) erzählt denn auch alles, was bei dieser Gelegenheit geschah, mit der notwendigen Genauigkeit und historischen Wahrheitsliebe. Der Prince of Wales besichtigte also im Fluge das ganze Institut der blinden und taubstummen Kinder. Die blinden und taubstummen Kinder jubelten ihm zu, soweit sie das konnten. Die Blinden konnten zwar den erlauchten Gast nicht sehen, und die Tauben konnten ihn nicht hören, doch sie alle ließen durch ihre Lehrer in ihrer besonderen Krüppelsprache mitteilen, daß sie hochgeehrt seien. Der Prince of Wales lächelte zufrieden, und dann geschah, was keiner erwartet hätte, oder vielmehr, was jeder erwartete, aber heimlich verbergen hätte. Man brachte für den Prinzen von Wales eine Ueberraschung, die Gaben der blinden und tauben Kinder von Hull. Die Gaben nämlich für den Prinzen von Wales einen Jumper gestrickt, einen bunten Jumper, einen pfeffernen,

durchaus eines Prinzen würdigen Jumper. Und man täuschte sie daran und überreichten feierlich dem Prinzen seinen Jumper. Der Prinz, der gewohnt ist, bei allen Gelegenheiten schöne Worte zu machen und dem man nachtrübt, daß er ebenso geschickt mit einem Stiefelhäuptling wie mit einem Boxerchampion umzugehen weiß, fand natürlich in seiner Beifälligkeit auch das richtige Wort für dieses prinzliche Geschenk. Er sagte, ja, er verspreche es sogar hoch und heilig, daß er jedesmal beim Golfspiel den ihm von den blinden und taubstummen Kindern geschenkten Jumper anziehen werde. Diese goldenen Worte des Prinzen wurden von dem nebetragenden Taubstummenlehrer in die Sprache der Taubstummen übersetzt, und die verküppelte Jugend, die das vernahm, stellte sich, wie das so üblich ist, vor Begeisterung auf die schwächlichen Köpfe.

So geschah im Oktober 1926, da die Kinder der streifenden Hobbearbeiter Englands kein Geld anzusehen haben, obwohl der Wirtelsturm über den Kanal schon frostig hinüberweht.

Ein Rotzkrei aus dem Erzgebirge hallt: in unserem Karlsbader Kreisblatt wider. Wir lesen da: Richtig, gesteigert durch die Politik der deutsch-tschechischen Jollpartei, ist das Elend der Arbeiter im oberen Erzgebirge geworden. Wie mit wüthigem Schlag verfehrt, fühlt der Arbeiter die immer schwerer auf ihm lastende verfehlte Wirtschaftspolitik dieses Staates. Die immer größer werdende Arbeitslosigkeit hält gleichen Schritt mit der steigenden Tendenz der wichtigsten Lebensmittel, Hunger und Elend wird immer größer. Der Winter steht vor der Tür. Arbeitslos sind die meisten Ernährer dieser Familien. Die Frau, als der eigentliche Verdienner der Familie, bringt naturgemäß nicht das zum Leben Erforderliche auf. Kapitalistische Wälfur, gestützt auf die Chammacht der durch die Arbeitslosigkeit verurteilten breiten Schichten des arbeitenden Volkes, herrscht vor. Hunger, Kälte, frierend warten viele auf eine, wenn auch nur einige Stunden andauernde Arbeitsgelegenheit. In all dem Elend noch Preisverhöhung auf die notwendigen Nahrungsprodukte. Mit Recht macht sich die größte Erbitterung bemerkbar. Das Erzgebirge, das von jeher schon Rothlandsgebiet war, hat im Wandel der Zeit noch nie derart schlecht, besonders für die breiten Schichten des Volkes unerträglich geworden wie jetzt. Die heilige Hauptindustrie ist durch den Friedensvertrag von Versailles, welcher eine Umänderung der Staatengebilde schaffte, fast zum Stillstand gekommen und ist lediglich nur auf den Inlandsbedarf angewiesen. Die wiederum herrschende Konkurrenz, besonders auf dem Gebiete der Textil-, Sägerei- und Konfektionsindustrie vermindert bessere Arbeitsbedingungen. In erster Linie verspürt der Arbeiter die Maßnahmen des Unternehmers, konkurrenzfähig zu bleiben, in der fortwährenden Reduktion der Arbeitslöhne. Son Tag zu Tag wird die Existenzstellung des Arbeiters eine schlechtere. Es wäre höchste Zeit, durch umfassende Maßnahmen der Regierung diesen unerträglichen Zustand zu ändern, sei es durch Konsumarbeiten oder sonstige Hilfsaktionen.

Nach ein deutsches Arbeiterorgan? Die „Zudemendeutsche Tageszeitung“ meldet, daß die deutschen Regierungsparteien in Prag ein eigenes Zentralorgan herausgeben wollen, das hauptsächlich der Propagierung der altdeutschtschechischen Politik dienen soll. — Arschbetend fühlen deutsche Agrarier und Christlich-sozialer selber ihre Politik auf so schänden Höhen, daß sie publizistisch mit „Landpost“ und „Deutscher

Gerichtssaal.

Bierjache Blutbande.

In einem kleinen Städtchen des Gultschiner Ländchens lebte ein befrüppelter Bergmann mit seiner Frau und vier Töchtern. Vor einigen Wochen kam der Bergmann betrunken nach Hause und geriet mit seiner Frau in Streit, in dessen Verlauf er ihr mit Wuch drohte und sie auch am Körper leicht verletzete. Sie beschimpfte sie auch, machte ihr verschiedene Vorhaltungen und verriet in seinem Zorn auch ein Verbrechen: er rühmte sich, an seinen eigenen vier Töchtern in früheren Jahren sich sittlich vergangen zu haben und zu ihnen, als sie noch kaum das 14. Lebensjahr erreicht hatten, das Verbrechen der Blutbande verübt zu haben. Seine Frau brachte die Trochungen und diese Verbrechen zur Anzeige und vor einem Strafsenat des Troppauer Landesgerichts hatte er sich wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit und Blutbande zu verantworten. Da sich keine Frau und die Kinder vor Gericht der Heupenscheit entziehen konnten, wurde er vom Verbrechen der Blutbande freigesprochen und nur wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu 3 Monaten schweren Kerker verurteilt.

Sr. Hochwohlgeboren, der nervöse Polizeimann.

Vor dem Dreierstrichteramt unter dem Vorsitz des O. A. Dr. Budel wurde gestern ein Fall verhandelt, der so recht zum Ausdruck bringt, wie die Polizei ihre „Staatsautorität“ den unerschütterlichen Postulaten auf der Straße beibringen will. Der 35-jährige Jaroslav Pira, Resident des Landeskonsulats, war am 15. Juni in den Weinbergen in einer Vereinskonzertation gewesen, wo man die Aufführung eines Puppentheaterstücks besah. Untereinander ging er mit dem Demonstrationszug gegen die Sozialisten zusammen. Der Angeklagte wurde von einem Polizisten mit der Beschildigung verhaftet, er hätte die Menge aufgereizt, auf die Polizisten dreinzugehen. Wie aus einer Reihe Zeugenaussagen hervorging, war genau das Gegenteil der Fall. Der Beamte hatte, als er den Tumult sah, gerufen: „Rückzie! Rückzie! Gehen Sie nicht! Der Polizist hatte aber: „Rückzie! Rückzie! Rückzie!“ und der Beamte verhaftet, der ihm den Vorfall sofort aufklärte. Der Polizist schrie: „Rückzie!“ aber an, indem er sich mit den Händen den Kopf hielt: „Ich bin nervös, lassen Sie mich in Ruhe!“ Der Beamte wurde mit einer Reihe anderer Verhafteter in das Vorhaus der „Karolai Ustij“ obgeführt (der richtige Ort für verhaftete Arbeiter), dort waren eine Menge Faschisten versammelt, die die Verhafteten nach verprügeln. Der Beamte mußte fünf Tage lang ungeschuldig in Haft in Untersuchungshaft sitzen, infolge der durchgemachten seelischen Anstrengung war er drei Monate arbeitsunfähig, und gestern außerdem wegen des Verbrechens der Aufreizung angeklagt. Der Polizist verwickelte sich in eine Menge Widersprüche, er hätte zuvor 24 Stunden Dienst gehabt, was ihm durch den Staatsanwalt selbst widerlegt wurde, da er nur auf der Wache verweilt gewesen war und noch je drei Stunden „Dienst im Backhof“ (nicht einmal auf der Straße) je drei Stunden „Mistofen“ hatte. Der Beamte wurde natürlich freigesprochen, für die ungeschuldete Haft von fünf Tagen wurde ihm eine hässliche Entschädigung zugesprochen. — Wir erwarten, daß außerdem gegen den „nervösen“

Seren Vollzogen ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird, damit die Polizei einmal weiß, wie sie sich selbst bei Demonstrationen gegenüber dem Publikum zu verhalten hat.

Noch zwei No. suchtfälle.

Wegen Verbrechen der Narkotik und Schändung, sowie Übertretung gegen die öffentliche Sittlichkeit wurde Freitag vormittags vom Oberger Schwurgericht der 54 Jahre alte Schneidermeister Josef Schubert in Anb. zu zwei Jahren schweren Kerker mit vierjährlicher Haft verurteilt. In Schuberts Einverständnis schon seit dem Sommer 1924 Schulmädchen im Alter von 12 Jahren zu Besuch, an denen sich der Angeklagte ver-

ging. Als Zeichen der Zeit ist auch zu werten, daß Kinder trotzdem immer wieder faulen und die Behörde erst durch einen anonymen Brief an die Bezirksjugendfürsorge aufmerksam wurde. Festgestellt wurden insgesamt fünf Mädchen, an denen sich Schubert vergangen hatte.

Wegen der gleichen Verbrechen befahte sich nachmittags das Schwurgericht mit dem am 15. April 1911 geborenen Zimmermannslehrling Heinrich E. in Kahlau. Er war Ende Februar 1926 zu seinem unehelichen Vater nach Graz auf Besuch gekommen und verging sich dort an seiner achtjährigen Goldschweester. Das Schwurgericht verurteilte Heinrich E. zu einem Jahre schweren Kerker, bedingt auf drei Jahre und Zerstörung unter Schutzaußsicht.

Volkswirtschaft.

Weltwirtschaftskrise oder tschechoslowakische Krise.

In seinem Exposé im Senat hat der Finanzminister Dr. Engliš unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß es sich bei der Krise in der Tschechoslowakei um eine weltwirtschaftliche Erscheinung handle, daß die Wirtschaftskrise im Lande nur ein Reflex der allgemeinen Weltwirtschaftskrise sei. Gewiß ist die Tatsache, daß auch in anderen Ländern Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit wüsten, unläugbar. Aber ebenso sicher ist, daß der krisenhafteste Zustand unserer Industrie im Verhältnis zur Vorkriegszeit bei uns viel ärger ist, als im Weltdurchschnitt. Dies bezeugt eine Zusammenstellung, die Dr. Ubljaj im „Karodopolodarsky obzor“ veröffentlicht. Danach verhält sich die Weltproduktion an Kohle im Jahre 1913 zu der im Jahre 1925 wie 100 zu 89, in der tschechoslowakischen Republik aber wie 100 zu 86. Ebenso ist es in der Aufbereitung. Hier verhält sich die Weltproduktion in den beiden genannten Jahren wie 100 zu 90, in der tschechoslowakischen Republik aber wie 100 zu 84. Besonders traurig ist es aber in der Textilindustrie. Die Weltproduktion von Baumwolle in den Jahren 1911 und 1926 verhält sich wie 100 zu 116, die Einfuhr von Baumwolle in die tschechoslowakische Republik aber wie 100 zu 65. Während also die Produktion von Baumwolle gestiegen ist, ist ihre Einfuhr in die Tschechoslowakei gefallen. Man sieht also, daß die Krise der Industrie in der Tschechoslowakei weit ärger ist als es dem Weltdurchschnitt entspricht und daß man mit der Feststellung einer Weltwirtschaftskrise die Ursachen der spezifisch tschechoslowakischen Krise nicht aus der Welt schafft.

Internationale Vergleichung der Soziallaster.

Infolge des Krieges und der Wirtschaftskrise hat die Frage der Soziallaster eine außerordentliche Bedeutung gewonnen, namentlich in den großen Industrieländern. Der Kampf um Absatzmärkte führt zu dem Bestreben, die Warenpreise möglichst herabzusetzen, und es wird dabei jeder Kostenteil so weit wie möglich gespart. Als Kosten, die am leichtesten herabzusetzen sind, werden gewöhnlich, außer den Löhnen, die Soziallaster, und namentlich die Laster der Sozialversicherung betrachtet. Überall haben sich daher lebhaftere Erörterungen über diese Soziallaster ergeben und überall behauptet man, daß sie im eigenen Lande größer sind als bei den Nachbarn oder

den wirtschaftlichen Wettbewerbern. Unrichtige und unvollständige Zahlenangaben werden gemacht, aus unvergleichbaren Zahlen internationale Vergleiche aufgestellt und die öffentliche Meinung wird auf diese Weise getäuscht. Im April d. J. erließ die britische Regierung das Internationale Arbeitsamt, die tatsächlichen Kosten der verschiedenen Arten der sozialen Versicherung oder sozialen Dienstleistungen in den einzelnen Ländern zu veröffentlichen. Bevor das Amt an diese schwierige und delicate Aufgabe herantrat, vertrat es sich mit einem internationalen Ausschuss von Sachverständigen über die Wünsche, den Bereich und das Verfahren eines internationalen Vergleichs der Soziallaster. Dieser Ausschuss trat im Juli in Genf zusammen und war der Meinung, daß das Internationale Arbeitsamt die vorgeschlagene Erhebung durchführen, vollständig unparteiisch, statistisch verlässlichen und die Irrtümer aufdecken solle, die in der Behandlung dieser Frage aufstiejen. Ferner ist auf die sehr beschränkte Bedeutung einer internationalen Vergleichung hinzuweisen, die doch einen Teil der Produktion berührt. Der von dem Ausschuss ausgearbeitete Plan umfaßt einerseits die Untersuchung aller Soziallaster in den am weitesten vorgeschrittenen Industrieländern, andererseits die internationale Vergleichung der Laster in gewissen Industrien, die eine bedeutende Rolle im Wettbewerb der Staaten spielen, wie z. B. im Kohlenbergbau, der Schwermetallindustrie, im Schiffbau und in der Baumwollindustrie. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts, der am 11. Oktober in Genf zusammentrat, hat sich mit den Vorschlägen der Sachverständigen zu befassen und eine Entscheidung zu fällen.

Was Deutschland für die Arbeitslosen tut

Der sozialpolitische Ausschuss des deutschen Reichstages befaßt sich gegenwärtig mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wobei auch die zuständigen Minister sich ausführlich über die notwendigen Maßnahmen äußerten. So erklärte der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß, wer ein Jahr arbeitslos sei, unter allen Umständen wieder in Arbeit gebracht werden müsse, der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, der in der Debatte ebenso sprach wie der Reichswirtschaftsminister Dr. Sturgis wollte mit, daß im außerordentlichen Etat für Arbeitsbeschaffung, und zwar für Bahnbauten, Wohnungsbauten, Sieblungen, Bau von Wasserstraßen und produktiver Erwerbslosenfürsorge ein Betrag von etwa 500 Millionen Mark, das sind vier Milliarden Kö zu Auslagen genommen sei.

Man vergleiche damit, was bei uns zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschieht! Der Finanzminister fertigt dieses große Problem mit ein paar knoddrigen theoretischen Erwägungen ab und es fällt niemandem ein, ins Budget eine außerordentliche Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzustellen.

Betrüftung überall.

Kein Land in Deutschland ein gewaltiger Trust in der chemischen Industrie aufzubauen. Der über ein Aktienkapital von einer Milliarde Mark, das sind acht Milliarden Kö verfügt, wird eine ähnliche Gründung aus England gemeldet. Die Aktiengesellschafts Nobel und noch zwei andere große Gesellschaften haben Verhandlungen über ihre Fusionierung aufgenommen, die sich bereits in einem vorgeschrittenen Stadium befinden. Die neue Gesellschaft wird über ein Kapital von nahezu 40 Millionen Pfund Sterling (fast acht Milliarden Kö) verfügen und das größte Unternehmen in der englischen Industrie sein.

Aus New York wieder wird berichtet, daß einer der Führer der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie, Gary, eine Rede hielt, worin er die Möglichkeit einer gewissen Zusammenarbeit zwischen dem europäischen Stahltrust und dem amerikanischen in Aussicht stellte und die Ausrufung einer gemeinsamen Konferenz der Stahlindustrie der ganzen Welt gab. Wie man sieht, ist hier tatsächlich eine Welttrust im Werden, der die Eisenindustrie der ganzen Erde beherrschen will.

Die Auswanderung im Jahre 1926

Das Statistische Staatsamt hat keine Methode bei der Feststellung der Auswanderung nunmehr geändert. Früher hat es die Zahl der Ausgewanderten nach der Zahl der ausgestellten Auswandererpässe festgesetzt, während jetzt eine Ueberzählung auf Grund der Grenzkontrolle gewonnen wurde. Danach betrug die Anzahl der Auswanderer im ersten Vierteljahr 1926 4447, davon nach Uebersee 2816, nach Europa 1622. Die Anzahl der Rückwanderer aus Europa betrug 995, der aus Uebersee 79, zusammen 1074. Auswandererpässe wurden ausgehändigt im ersten Vierteljahr 1926 7750, im zweiten Vierteljahr 5839.

Die Gewerkschaften in Deutschland.

Nach dem letzten Jahresbericht hatten die reichsdeutschen Gewerkschaften im Jahre 1925 1.156.451 organisierte Mitglieder, davon 751.585 Frauen. Die Anzahl der Mitglieder ist gegen das Jahr 1924 um 158.644 gestiegen. Die Anzahl der Verbände betrug 40. Auch die Einnahmen der Gewerkschaften sind beträchtlich gestiegen, und zwar von rund 9 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 147½ Millionen Mark im Jahre 1925. Dem gegenüber machen die Ausgaben nicht ganze 126 Millionen Mark aus. Die Gewerkschaften haben in 127 Städten Gewerkschaftshäuser, von denen 102 Eigentum von Gewerkschaftsverbänden sind.

Die Bezirkskrankenkassa in Winterberg versendet soeben ihren Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr 1925. Die Gesamtannahmen betragen sich danach auf rund 1.300.000 Kronen, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von etwa 100.000 Kronen bedeutet. Die Ausgaben sind um etwa 23.000 Kronen geringer als die Einnahmen. Der Reservefonds beträgt etwa über 600.000 Kronen. Die Zahl der Mitglieder betrug 1924 3089, 1925 aber 4327.

Jenufa.

(Erfolgaufführung im Neuen Deutschen Theater am 23. Oktober 1926.)

Noch Smetanas „Kuf“ und „Verkaufte Braut“ hat das Prager Deutsche Theater nun als drittes tschechisches Opernwerk Janáček's „Jenufa“ in den Spielplan aufgenommen und damit seiner internationalen Rufschauung namentlich Ausdruck verliehen. Leo Janáček, der tschechisch-mährische Tonsetzer, der heute in der allerersten Reihe der schaffenden tschechischen Tonkünstler steht, hat eines der merkwürdigsten Meisterwerke erlebt. Im Jahre 1854 zu Hochwald bei Vidham in Mähren geboren, gelang er ihm erst als Zweibrüderer, dann als Anerkennung seines tonsetzerischen Schaffens zu erlangen, und zwar mit der Oper „Jenufa“. Wohl wurde das Werk bereits am 21. Januar 1904 in Brinn unangeführt aber entscheidend für seinen Erfolg und für die „Entdeckung“ seines Komponisten wurde erst die am tschechischen Nationaltheater in Prag bewirkte Aufführung am 26. Mai 1916. Erst von Prag aus trat die „Jenufa“ ihren Siegeszug ins Ausland an, erst der Prager Erfolg der Oper machte Janáček mit einem Schlag zum berühmten Komponisten, dem auch das musikalische Ausland nun schmeckende Aufmerksamkeit widmete. Janáček hat es übrigens nicht bei dem ersten Erfolg der „Jenufa“ bewenden lassen; bald folgten diesem Werke andere Opern, wie „Die Ausflüge des Herrn Brouček“, die russische Mitternachtsoper „Satan“, die Tieroper „Das lustige Fuchsteil“, etc. Aber auch auf anderen Gebieten der Tonkunst hat dieser tschechische Meister der Töne eine ungeheure Fruchtbarkeit an den Tag gelegt: Sinfonische Dichtungen, zahlreiche bedeutende Kammermusikwerke, prächtige moderne Chöre, Klavierstücke und Lieder — unter den letzteren das genialste jüdische Werk „Tagbuch eines Verschollenen“ — geben bisher Zeugnis davon.

Doch zur „Jenufa“, der Erstlingsoper des Meisters selbst! „Jenufa“ oder, wie sie im tschechischen Original heißt, „Jene Stieftochter“ entstand in den Jahren 1896 bis 1901 und hat ein Drama aus dem mährischen Lande, von der tschechischen Dichterin Gabriele Preis zur Textgrundlage. Die Uebersetzung der Oper stammt von Max Brod. Dem Libretto der Oper kann dramatische Wirklichkeit nicht abgesprochen werden, trotzdem dieses Drama wirklich die Unmöglichkeit auf der anderen Seite bestimmen den Charakter der Oper „Jenufa“, deren Heldin Mittelpunkt aber nicht die Stieftochter Jenufa ist, sondern deren Stiefmutter Buthjova. Denn diese Stieftochter und löst den Knoten des Dramas. Jenufa hat eine Liebschaft mit dem Tunichtgut Stewa. Die Asienkommission tagt im Dorfe, der sich auch Stewa stellen muß. Jenufa ist voller Angst, denn kommt Stewa zum Militär, dann ist es nicht mit ihrer Heirat und die Ehe ohne unauflöslich, weil sie sich Mutter fühlt. Stewa wird zwar nicht genommen, aber Jenufas Stiefmutter, nichts ahnend von den Folgen der Liebschaft, bestimmt, daß die Hochzeit Jenufas mit Stewa auf ein Jahr hinausgeschoben wird, bis sich dieser aus dem Trunkentod zu einem ordentlichen Menschen gewandelt hat. Der daraus entspringende tragische Konflikt wird noch dadurch verstärkt, daß auch Stewas Stiefbruder Laca die schöne Jenufa liebt, aber von ihr abgewiesen wird und sie in leidenschaftlichem Groll durch einen Messerstich in die Wange verwundet. Im zweiten Akte vollzieht sich das für Jenufa Entschieden: sie ist Mutter geworden. Stewa soll die Schwande durch schleunige Heirat gutmachen; aber ihm gilt Jenufa nichts mehr, seit die Geburt des Kindes die Blüte ihrer Schönheit zerstört. Jenufas Stiefmutter wendet sich in der Verzweiflung an Laca, dessen bester und edelster Liebe zu Jenufa sie kennt, und fleht ihn an, sich des Mordes zu erheben. In ihrer Not sagt sie ihm vor, daß das Kind gestorben und Jenufa von diesem Mord wieder frei sei. Und sie macht diese Bitte in fürchterlicher Konsequenz, der Not zur Wahrheit, indem sie das Kind

im eifigen Mühlbade ertränkt und ihres Stieftochter eintreibt, es sei gestorben, während sie im Fieber lag. Nun gibt es kein Hindernis mehr für die Vereinigung mit Laca. Im dritten Akte ist man eben dabei, die Hochzeit zu feiern, als ein Tumult auf der Straße entsteht und Laca das ermordete Kind bringt, das man im Bache fand. Empört wendet sich alles gegen die vermeintliche Kindesmörderin Jenufa. Aber die Stiefmutter enthüllt ihre aus Liebe begangene Tat und übergibt sich der strafenden Gerechtigkeit. Laca aber nimmt Jenufa schützend in seine Arme, um ihr die verdiente ehre, große Liebe zu geben, die das arme, vom Schicksal gequälte Mädchen fürberhin fürs Leben braucht.

großartiger Farbenschilderung namentlich in den dramatisch düsteren und aufregenden Partien. Die Wiedergabe des Janáček'schen Meisterwerkes durch unser deutsches Opernhaus, das in jeder Hinsicht vollkommen und gehalten sich zu einem feierlichen Musikereignisse. Nicht genug kann vor allem die über jedes Lob erhabene Leistung Alexander Zemlin's anerkannt werden, der der Janáček'schen Musik ein inbrünstiger und leidenschaftlicher Interpret war und der „Jenufa“ Partitur bis ins kleinste Detail seine künstlerische Sorgfalt und Gründlichkeit hatte angedeihen lassen. Daß das Werk einen ebenso tiefen wie nachhaltigen Eindruck erzielte, ist hauptsächlich sein Verdienst und das des mit seiner Eingabe und Passionsarbeit mitwirkenden Orchesters. Auch Oberregisseur Laberts heimische Arbeit verdient unbedingt Lob; sie begnügte sich nicht nur mit schönen Bühnenschildern, sondern zeigte auch in vielen gelungenen Einzelheiten den tüchtigen und mit Liebe an Werke tätigen Regieartisten. Unter den Solisten ragte Frau Susanne Fichta-Göhl als Stiefmutter hervor; sie bot in dieser für ihre überlegende gefangene und schauspielerische Kunst ungenügend dankbaren Rolle eine Meisterleistung, die gefangenenförmlich von höchster Vollkommenheit und darstellerisch von erschütternder dramatischer Größe und Ausdruckskraft war. Auch Fräulein Karst als Jenufa bewährte sich glänzend. Neben diesen beiden zeichneten sich noch die Herren Mäda und Dr. Adrian als die beiden um Jenufa Liebe werbenden Brüder, aus. So auch alle kleineren Partien der Oper durchwegs vorzüglich besetzt waren zu nennen sind die Damen Schwarz, Sommer, Kwartin und Barco sowie die Herren Hermann und Fuchs, gab es eine glanzvolle Premiere, deren außerordentliche, künstlerische Bedeutung seitens des leider nicht allzu zahlreich erschienenen Publikums durch freudigen Beifall anerkannt wurde. Edwin Janetschel.

